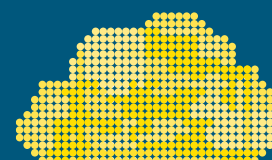
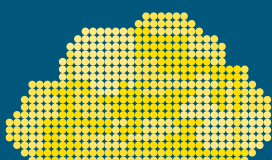
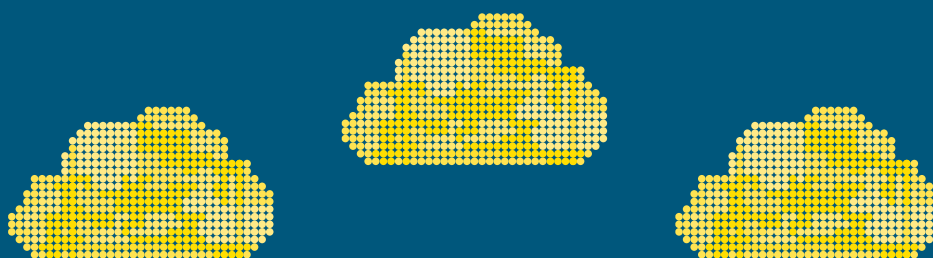


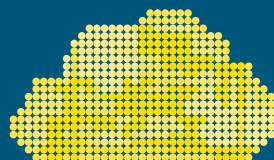
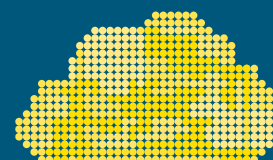
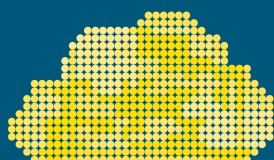
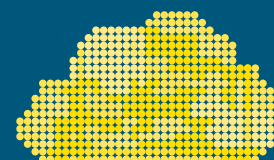
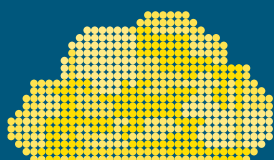
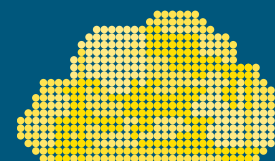
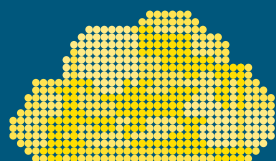
read_it

Das Magazin des BRZ



Digital & souverän

Herausforderungen in Zeiten der
Cloud-Transformation

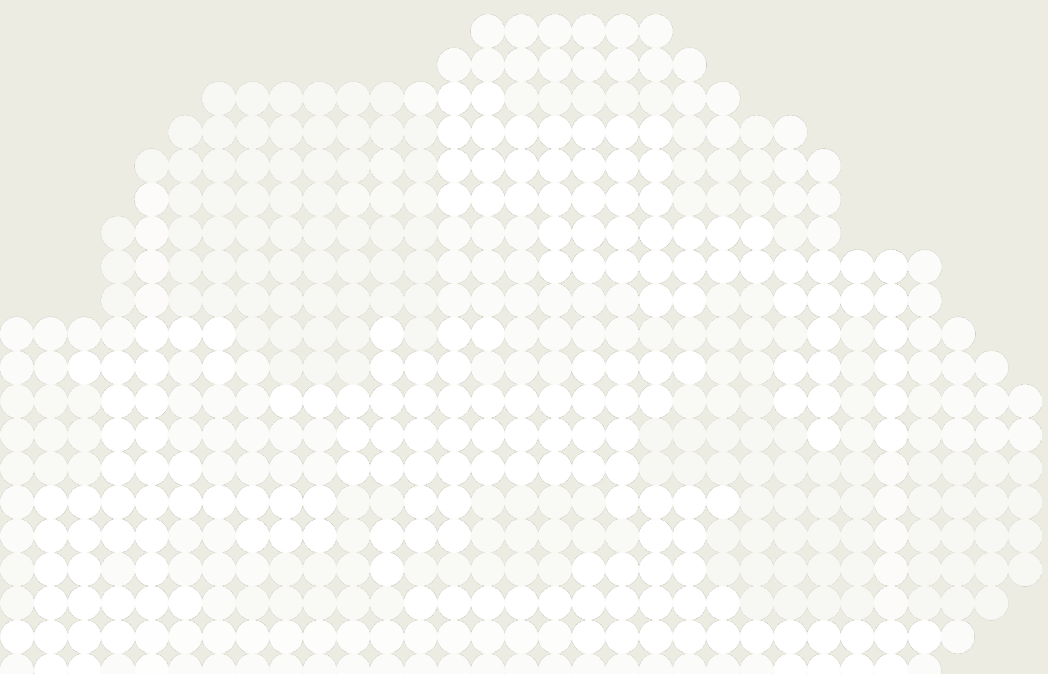


Kinderleicht gefördert

Automatisierte Unterstützung von Kinderbetreuung

Daten mit Potenzial

Open Data zentral für digitale Wirtschaft und KI



8

Cloud-Lösungen sind gekommen, um zu bleiben. Im Public Sector müssen dabei Resilienz und Datensouveränität im Fokus stehen.



4

Ins Finanzamt per Video: Lösung zur Erledigung von Amtswegen beim Verwaltungspreis Ende Mai prämiert.



22

Recruiting 2.0! Auch dieses Jahr war das BRZ auf der Salzburger Gaming-Messe LEVEL UP präsent.

Inhalt

Update

- Videobasierte Lösung zur Erledigung von Amtswegen ausgezeichnet **4**
- Der iPhone-Moment der künstlichen Intelligenz **5**

Innovation

- dadeX - die innovative Drehscheibe **7**

Keystory

- Digital & souverän! Bei Cloud-Anwendungen müssen Resilienz und Datensouveränität im Fokus stehen. **8**
- Zuallererst Cloud first **10**
- Government as a Service **12**

Transformation

- Offene Daten mit Potenzial **14**
- Grenzenlos, aber nicht rechtlos - ein Game Changer für e-CODEX **17**

LFRZ

- Erfolgreiche Rezertifizierung **20**
- Das JobBarometer des AMS **21**

BRZ Intern

- Neu durchstarten im BRZ **23**

Sie wollen noch mehr über das BRZ & seine Produkte wissen?

Bestellen Sie den BRZ-Newsletter unter: www.brz.gv.at



Liebe Leserinnen und Leser!

Nach längerer Pause ist das BRZ heuer wieder am European Forum Alpbach präsent. Im Rahmen der *Austria in Europe Days* richtet das BRZ eine international besetzte Podiumsdiskussion zum Thema „Sicherung der digitalen Souveränität“ aus. Die Thematik, dass sich die IT-Dienstleister im öffentlichen Sektor dringend auf Strategien für die eigene Zusammenarbeit sowie die Nutzung von Diensten international tätiger Cloud-Anbieter einigen müssen, die dort im Zentrum der Diskussion steht, ist auch hier Schwerpunkt. Wir beleuchten das nicht nur aus der Sicht des BRZ, sondern als Mitglied der EURITAS auch in europäischem Kontext. Ein Gastbeitrag von Tina Siegfried, verantwortlich für strategische Unternehmenssteuerung bei der Hamburger Dataport, mit der deutschen Perspektive zum Thema rundet unseren Schwerpunkt ab.

Das Once Only-Prinzip ist ein wichtiges Mittel zur Verringerung des Verwaltungsaufwands in den EU-Mitgliedstaaten. Ein wichtiger Puzzlestein zur Umsetzung des Prinzips auf nationaler Ebene ist der *Digital Austria Data Exchange* kurz *dadeX* genannt. Diese innovative Datendrehscheibe ist die Basis, mit der jetzt die Stadt Graz die Antragstellung zur Förderung von Kinderbetreuung erleichtert. Auch *e-CODEX* ist ein dezentrales Kommunikationssystem, mit dem die Justizbehörden der EU-Staaten etwa im Fall des Europäischen Mahnverfahrens mühelos miteinander kooperieren. Jetzt wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Behörden dazu verpflichtet. Ein Game Changer für *e-CODEX*. Ein solcher Game Changer ist auch die neue Controlling-Plattform des Straf- und Maßnahmenvollzuges. Damit kann die heimische Justiz die Vollzugsverwaltung transparent managen.

Außerdem gehen wir der Frage nach, wieso die Bereitstellung offener Daten des öffentlichen Sektors zentral für die Entwicklung von KI ist. Und wir berichten, wie es mit unserer Initiative *BRZ DigiConnect*, in deren Rahmen gemeinsam Ideen für die Digitalisierung des Public Sectors entwickelt werden, weitergegangen ist. Eine spannende Kooperation von LFRZ und BRZ manifestierte sich im neuen Web-Portal *AMS JobBarometer*, das einen umfassenden Einblick in Trendberufe vermittelt. Last but not least freuen wir uns über Auszeichnungen für eine videobasierte Lösung zur Erledigung von Amtswegen sowie für die Plattform *Data Governance Austria*. Beide Lösungen wurden vom BRZ erfolgreich fürs Bundesministerium für Finanzen realisiert.

Viel Vergnügen beim Lesen – read_it and enjoy_it

Mag. Alexander Aigner
Chefredakteur

Impressum

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Bundesrechenzentrum GmbH, Hintere Zollamtsstraße 4, 1030 Wien, E-Mail: read_it@brz.gv.at
 Chefredaktion: Mag. Alexander Aigner. Redaktionelle Mitarbeit: Mag. Julian Unger, MA. Gestaltung und Produktion: AWG Verlag GmbH, www.awg-verlag.at.
 Fotos/Illustrationen: BRZ/Jennifer Ochwat (Cover, S. 2, S. 10, S. 11, S. 14, S. 15), Marko Kovic (S. 2, S. 4), BRZ/Rommelt Pineda (S. 2, S. 22), BRZ/Alek Kawka (S. 3), BRZ/Milena Krobath (S. 5), Georg Nesslinger (S. 6), Bwag/C. Stadler (S. 7), BRZ/Klaus Vynhalek (S. 9, S. 10), Grafik: BRZ (S. 11), Tina Siegfried (S. 13), Fotograf - Pestuka Productionsstudio (S. 14), Grafictwister/Freepik.png (S. 14), BRZ/Milena Krobath (S. 15), Bwag/C. Stadler (S. 16), BRZ/Milena Krobath (S. 17), BRZ/Rommelt Pineda (S. 18), AleksandrSamochnyil/Freepik.png (S. 19), ADV (S. 19) Vectonauta/Freepik-v2.png (S. 20), stock.adobe.com/photo.graph (S. 20, S. 21), BRZ/Christian Renezeder (S. 21), BRZ/Rommelt Pineda (S. 22), BRZ/Rommelt Pineda (S. 23), BRZ/Klaus Vynalek (S. 23).
 Druck: Riedeldruck GmbH, 2214 Auersthal.



Ausgezeichnete Lösung

Videobasierte Lösung zur Erledigung von Amtswegen beim Verwaltungspreis Ende Mai prämiert.

Virtuelle Amtsbesuche. Der Österreichische Verwaltungspreis prämiert Kooperationsprojekte von Bund, Ländern und Gemeinden. Der Wettbewerb hat das Ziel, Innovationen in der Verwaltung zu fördern und öffentlich vorzustellen. 142 Projekte in sieben Kategorien wurden eingereicht. Eines dieser Projekte, eine videobasierte Lösung des BRZ zur Erledigung von Amtswegen, wurde dabei ebenfalls ausgezeichnet. Pandemiebedingt kam das BRZ auf die Idee, das Potenzial von virtuellen Amtsbesuchen im Rahmen eines Innovationsprojekts abzutesten. Gemeinsam mit Kunden kamen dabei moderne Methoden des Design Thinking zur Anwendung.

Innovatives Service konzipiert „Nach zahlreichen, sehr intensiven Interviews mit potenziellen Nutzer:innen haben wir rasch einen Prototypen visualisiert“, erklärt Mag. Gerhard Embacher-Köhle, Innovation Manager im BRZ. Um einen behördenübergreifenden Einsatz zu ermöglichen, ist das System so konzipiert, dass weitere Behördenwege aus allen Bereichen der Verwaltung umgesetzt werden können. Im Herbst 2021 gab dann das Finanzministerium die praktische Umsetzung in Auftrag. Bereits im März letzten Jahres wurde das neue System in Betrieb genommen. Seither haben Bürger:innen die Möglichkeit, Termine mit dem Finanzamt per Video wahrzunehmen.

Mittlerweile werden pro Tag 25 bis 30 solcher Videokonferenzen abgehalten.

Brunner lobt gut Zusammenarbeit Derzeit werden Videotermine zu den Themen Arbeitnehmer:innen-Veranlagung, Familienbeihilfe und Fragen zu Bescheid und Ergänzungsersuchen abgehalten. „Durch die Corona-Pandemie ist die Zahl virtueller Besprechungen enorm angestiegen. Davon inspiriert haben wir eine bürgerfreundliche und innovative Lösung entwickelt, die von der Bevölkerung sehr gut angenommen wird. Der nun verliehene Verwaltungspreis unterstreicht, dass das BMF in Zusammenarbeit mit dem BRZ hier ein großartiges Projekt auf die Beine gestellt hat“, so Finanzminister Dr. Magnus Brunner, LL.M. ■

Data Excellence Award für BRZ und BMF

Die Plattform *Data Governance Austria* ist ein wesentlicher Beitrag zur Digitalisierungsstrategie des Bundes.

Rundum-Paket. Im Rahmen einer ADV-Tagung Ende April in Wien wurde Data Excellence aus verschiedenen Blickwinkeln näher betrachtet. Höhepunkt des Events war aber die Verleihung des Data Excellence Awards inklusive einer Präsentation der besten Projekte. Darunter war die Plattform

Data Governance Austria, die das BRZ für das Bundesministerium für Finanzen entwickelt und umgesetzt hat. *Data Governance Austria* ist eine webbasierte, mandantenfähige und skalierbare Plattform, auf welcher das Wissen über Daten für einen inhaltlichen Kontext gesammelt, verwaltet und zur Ver-

fügung gestellt wird. Die Plattform ist konzipiert, um Metadatenmanagement durch den zentralen Betrieb im BRZ als Service anzubieten. „Damit wurde ein Rundum-Paket – basierend auf der Best Practice, praxisorientiert und nahe am Kunden – für die Etablierung von Data Excellence geschaffen“, erklärt Ing. Miroslav Mocilac aus dem Team Artificial Intelligence & Learning. „Das dient der bestmöglichen Unterstützung der Digitalisierungsstrategie des Bundes. Natürlich wurde die Lösung so konzipiert, dass weiteren Ressorts die Teilnahme an der Plattform effizient ermöglicht wird.“ *Data Governance Austria* ist produktiv und wird beim Kunden BMF bereits erfolgreich eingesetzt. ■

Der iPhone-Moment der künstlichen Intelligenz

Ende März fand im BRZ eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion zum Thema „KI in der Anwendung“ statt.



Hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion u. a. mit Florian Tursky, Andreas Trost, Jasmin Lampert und Sabine Walch (v. l. n. r.)

Weltweiter Prozess. Der Hype um künstliche Intelligenz ist groß, aber wo stehen wir mit diesen Technologien heute wirklich? Diese Frage warf der Report-Verlag in seiner Einladung auf und stellte sie an die versammelte Expertinnen- und Experten-Runde auf dem Podium im BRZ-Festsaal. Florian Tursky, MBA MSc, Staatssekretär für Digitalisierung im Finanzministerium, ist überzeugt, dass künstliche Intelligenz unser Leben zukünftig einfacher, schneller und bequemer machen werden. Für ihn sind Angebote wie ChatGPT, mit denen sich jetzt die Bürger:innen selbst mit KI auseinandersetzen können, so etwas wie ein iPhone-Moment, als ein Smartphone den kompletten Markt verändert hat. „Die Digitalisierung ist ein Prozess, der weltweit stattfindet. Wir sollten jetzt die Chancen nutzen, mitzuhalten und den Wohlstand der Bevölkerung mit Innovation zu sichern. Denn wenn wir bei Technologien wie KI nicht mithalten können, heißt das weniger Wettbewerbsfähigkeit und weniger Wertschöpfung.“

Verantwortungsbewusste Praxis Auch das BRZ betrachtet KI als große Chance und zugleich Innovationstreiber für die Verwaltung, wie Mag. Andreas Trost, Teamleiter Product Management AI im BRZ, ausführt: „Das Einsatzfeld ist sehr breit – von der Unterstützung in der Entscheidungsfindung im Bereich der Prozessautomatisierung intern bis zu den Schnittstellen zu den Bürger:innen. Die Ziele sind stets, Effizienz und Effektivität zu steigern und Systeme zu verbessern.“

Er betont allerdings, dass das BRZ stets verantwortungsbewusst agiert. „Wir setzen uns bereits seit Jahren mit dem Thema Ethik und KI sorgfältig auseinander, etwa mit einem eigenen Prüfkatalog für vertrauenswürdige KI“, so Trost. „Ein wesentlicher Faktor für den Erfolg von KI ist die Identifikation geeigneter Use Cases mit hohem Nutzenpotenzial und Daten in ausreichender Qualität und Quantität, die dafür notwendig sind.“ KI ist bei BRZ-Lösungen schon im Einsatz. „In der Betrugsbekämpfung können als Teil des Risikomanagements Unregelmäßigkeiten etwa in Steuererklärungen mit Hilfe von KI gefunden werden“, erklärt Trost. „Ein weiteres Beispiel aus dem Bereich der Textanalyse ist die automatisierte Anonymisierung von personenbezogenen Daten in Dokumenten aus Gerichtsentscheidungen.“ Dafür wurde das Justizministerium gemeinsam mit dem BRZ auch mit einem eAward ausgezeichnet.

KI ist massentauglich An der Schnittstelle zwischen Forschung und Wirtschaft agiert das Austrian Institute of Technology. Dr.ⁱⁿ Jasmin Lampert fungiert dort als Senior Data Scientist. Dort wird KI etwa bei Forschungsfragen rund um den Klimawandel eingesetzt. Ein weiteres Projekt fokussiert sich auf die Erkennung von Hate Speech im Netz. „In der Medizin und Diagnostik werden auf Röntgen- und MRT-Bildern mit Machine Learning Krebsgewebe gesucht. Solche Werkzeuge sind insbesondere für Entwicklungsländer spannend, in denen wenige medizinische Fachkräfte vor Ort

sind“, identifiziert Lampert weitere Einsatzbereiche. Als Vertreterin aus der Wirtschaft saß Sabine Walch, CEO danube.ai, auf dem Podium. Auch sie schätzt, dass KI massentauglich geworden ist. Sie sieht das positiv. „Die Fachbereiche und die Entwicklungsabteilungen in Wirtschaft und Verwaltung sehen jetzt die Möglichkeiten und wollen diese nutzen – oder überlegen, wie sie KI in ihren Prozessen einsetzen können.“

Verwaltung als Vorreiter Aus Consulting-Sicht meldete sich DI Martin Beck, Head of Data Analytics & AI bei BearingPoint, zu Wort. Sein Unternehmen arbeitet etwa im öffentlichen Sektor in Deutschland an der Definition und Umsetzung einer ganzheitlichen Datenstrategie. Gerade Letzteres sei besonders wichtig. „Studien zufolge schlagen 80 Prozent aller KI-Projekte fehl. Am Ende eines Projekts muss klar der Nutzen für die Anwender:innen stehen, sonst wird die Lösung nicht angewandt. Als Unterbau ist in Unternehmen unbedingt eine Data Governance erforderlich“, ist Beck überzeugt. Abschließend lobt er die österreichische Verwaltung als Vorreiter. „Ein Strafregisterauszug ist hierzulande mit wenigen Klicks online erledigt, während man in Deutschland noch aufs Amt gehen muss.“ Nicht ohne zu warnen: „Den Vorsprung könnten wir aber im KI-Bereich verlieren, wenn man beispielsweise das aktuelle Budget Deutschlands für KI-Lösungen in den Bundesministerien in der Größenordnung von 350 Millionen Euro sieht.“ ■

Kinderleicht gefördert

Die Stadt Graz erleichtert die Antragstellung zur Förderung von Kinderbetreuung. Die Daten liefert der *dadeX* automatisiert.

Kindergarten gesucht. Familie Mustermann aus Graz ist auf der Suche nach einem geeigneten Kindergarten für ihren Sohn. Die Wahl fällt rasch auf „Das Waldnest“. Der gemeinnützige Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen nachhaltigen Lebensstil zu fördern. Dazu gehört etwa natürliches Lernen im Einklang mit der Natur. Um die junge Familie finanziell zu entlasten, fördert die Stadt Graz Eltern, deren Kinder – wie etwa im Waldnest – betreut werden. Die Förderung von Beiträgen in Kindergärten, Horten oder bei der schulischen Tagesbetreuung ist einkommensabhängig. Als Bemessungsgrundlage für die Förderbeiträge wird das Familien-Nettoeinkommen aller im gemeinsamen Haushalt lebenden unterhaltspflichtigen Familienangehörigen herangezogen.

Förderanträge schwer überprüfbar

In vielen Bereichen der öffentlichen Verwaltung werden Einkommensdaten zur Abwicklung von Anträgen – insbesondere Förderanträge – dringend benötigt. Einkommensabhängige Förderungen basieren vielfach auf degressiven Einkommensstaffeln, d. h., je höher das Einkommen, desto geringer die Förderung. Die öffentliche Förderstelle muss daher bei Gewährung der Leistung das Einkommen der Empfänger:innen beurteilen. Diese Einkommensdaten können aktuell u. a. von Fördergebern nicht elektronisch abgefragt werden und sind somit nicht automatisch überprüfbar. Dadurch sind Bürger:innen gezwungen, Einkommensnachweise selbst bei der jeweiligen Behörde vorzulegen. Dieser Umstand verursacht nicht nur für die betroffenen Personen Aufwand, sondern auch für die jeweiligen Behörden und ist im Fall einer Scan-Vorlage sehr anfällig für Fälschungsversuche.



„Mit *dadeX* beschleunigen wir die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen. So reduzieren wir Verwaltungsaufwände und gewährleisten höchste Datenqualität und Fälschungssicherheit.“

Mag. Georg Nessler, Abteilungsleiter E-Government Unternehmen im Bundesministerium für Finanzen

Use Case: Kinderbetreuung Beitragsförderung

„Die zentrale Verfügbarkeit von strukturierten Einkommensdaten stellt deshalb eine wichtige Voraussetzung für die digitale Abwicklung von Förderanträgen dar. So auch im Use Case Kinderbetreuung Beitragsförderung der Stadt Graz“, erklärt Mag. Georg Nessler, Abteilungsleiter E-Government Unternehmen im Finanzministerium. „Im Rahmen eines innovativen Pilotprojekts haben wir nun erstmalig Einkommensdaten der Transparenzdatenbank über den *dadeX* – das steht für *Digital Austria Data Exchange* – automatisiert an die Stadt Graz bereitgestellt.“ Die Antragsteller:innen der Förderung müssen nun nicht mehr ihre Einkommensdokumente in Papierform persönlich am Amt, in diesem Fall den Service Points der Stadt Graz, vorlegen. „Damit können in Graz pro Jahr mehr als 22.000 physische Behördenkontakte vermieden werden. Das bringt nicht nur den Familien mehr Zeit, es entlastet auch die zuständigen Behörden und deren Personal massiv“, so Nessler. Außerdem gewährleistet die digitale Bereitstellung von Einkommensdaten die Datenvalidität und unterbindet die Möglichkeit von Fälschungsversuchen.

Daten, Fakten & Ausblick

Das Pilotprojekt Kinderbetreuung Beitragsförderung der Stadt Graz wurde Anfang 2022 vom Bundesministerium für Finanzen gemeinsam mit seinem technischen Umsetzungspartner BRZ gestartet. Nach Klärung rechtlicher Grundlagen und der Definition technischer Voraussetzungen lag im Herbst 2022 ein Proof of Concept vor. Im Mai 2023 war es so weit: Go Live mit 400 ausgewählten Nutzerinnen und Nutzern. Nach der schrittweisen Ausrollung in Graz werden dort pro Jahr rund 17.000 Anträge automatisiert bearbeitet werden. „Natürlich ist die Stadt Graz erst der Anfang“, versichert Wolfgang Zartler, Programm-Manager im Finanzministerium. „Nach unseren Schätzungen könnten bei ähnlichen Fachverfahren bis zu 300.000 Förderanträge bei den jeweils zuständigen Stellen derart automatisiert werden.“ ■



Innovative Datendrehscheibe

Der *dadeX* (*Digital Austria Data Exchange*) ist eine zentrale, hochverfügbare Plattform, die als Datendrehscheibe fungiert.

Daten schnell und sicher abrufen.

dadeX ist der neue Name für den Register- und Systemverbund. Ziel dieser Lösung ist es, mit diesem die zentrale und effiziente Datendrehscheibe für Österreichs Verwaltung – zugänglich für Bund, Länder, Städte und Gemeinden – zu schaffen. Daten, die einzelnen Behörden bekannt und in Registern gespeichert sind, sollen über den *dadeX* anderen Verwaltungseinheiten verfügbar gemacht werden. Mit Hilfe des *dadeX* können angebundene Anwendungen Daten schnell, sicher und in hoher Qualität direkt aus angebotenen Datenquellen – etwa Registerdaten – abgerufen werden. Unberechtigte Zugriffe auf Daten werden durch Prüfung der Anfragen auf eine entsprechende gesetzliche Grundlage verhindert. Durch den Einsatz des *dadeX* kann die mehrmalige Bekanntgabe von Unternehmensdaten bei Behörden reduziert werden.

Sicherer Datenaustausch garantiert

„*dadeX* steht für *Digital Austria Data Exchange*. Als Register- und Systemverbund ist der *dadeX* seit Mai 2020 im Einsatz und wird sukzessive um weitere Datenquellen erweitert. Aktuell sind über 500 Attribute via *dadeX* verfügbar“, ist DI Lorenz Zechner, Product Manager im BRZ, stolz. „Die Plattform wurde vom BRZ im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen entwickelt und auch der Betrieb, der den sicheren Datenaustausch zwischen Data Consumer und Data Provider garantiert, erfolgt hier bei uns im Haus.“ Bereits im *dadeX* angebundene Datenquellen sind etwa das Unternehmensregister, das Firmenbuch, das Gewerbeinformationssystem Austria, das Zentrale Melderegister inklusive Stammzahlenregister, das Kraftfahrzeugzentralregister oder die Transparenzdatenbank. „Die laufende Erweiterung erfolgt natürlich immer unter Berücksichtigung der für den Datenaustausch notwendigen gesetzlichen Grundlagen“, so Zechner. ■

Digital Austria Data Exchange (*dadeX*)

Was ist das?

Der *dadeX* (*Digital Austria Data Exchange*) ist eine zentrale, hochverfügbare Plattform, die als Datendrehscheibe fungiert. Die Umsetzung des *dadeX* stellt einen wesentlichen Beitrag zur Sicherstellung des Once Only-Prinzips dar, das im Regierungsprogramm verankert ist. Im Zuge dessen müssen Datenmeldungen an die Verwaltung seitens Unternehmen und Bürger:innen nur einmal erfolgen.

Was ist daran innovativ?

Der *dadeX* beschleunigt die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen, da nach Vorliegen einer rechtlichen Grundlage Daten an anfragende Institutionen der Verwaltung über eine zentrale Schnittstelle ausgeliefert werden können. Dadurch werden Aufwände für alle Stakeholder reduziert und etwa die Bearbeitung von Anträgen beschleunigt. Zusätzlich werden auch höchste Datenqualität und Fälschungssicherheit gewährleistet.

Welche Register sind damit verfügbar?

Aktuell an den *dadeX* angebunden sind u. a.: Unternehmensregister, Firmenbuch, Strafregister, Finanzstrafregister, Transparenzdatenbank, WKÖ-Lehrlingsinformationen, Ediktsdatei, Kraftfahrzeugzentralregister, Zentrales Melderegister oder Stammzahlenregister.

Aktuell in Umsetzung befindet sich u. a.: Identitätsdokumentenregister, Elektronisches Datenmanagement-Umwelt, Zentrales Fremdenregister, Zentrales Personenstandsregister oder WKÖ-Befähigungsnachweise.

Welche Use Cases neben der „Kinderbetreuung Beitragsförderung“ der Stadt Graz gibt es?

eGründung, Familienbeihilfe neu, Grants 4 Company, Vereinfachung der Gewerbeanmeldung und Wirtschaftsportal OÖ.

Digital & souverän

Cloud-Anwendungen sind gekommen, um zu bleiben. Im Public Sector müssen dabei Resilienz und Datensouveränität im Fokus stehen.

Unabhängigkeit im Krisenfall. Weltweite Krisen wie die Corona-Pandemie oder kriegsähnliche Handlungen innerhalb Europas sind aktuelle Beispiele, die zeigen, wie hoch das Bedürfnis nach Resilienz im Krisenfall tatsächlich ist. Dies gilt nicht nur für die Unabhängigkeit in den Bereichen Sicherheit oder Warenverkehr. Auch die digitale Souveränität von Staaten bzw. staatlichen Einrichtungen hat in den letzten Jahren massiv an Bedeutung gewonnen und steht vermehrt im Zentrum der Aufmerksamkeit. Während der Corona-Pandemie stiegen der Bedarf und die Nutzung digitaler Dienste drastisch an, ermöglichten sie doch die weitgehend kontaktlose Aufrechterhaltung der privaten wie beruflichen Kommunikation und Zusammenarbeit. Auch öffentliche Einrichtungen und Dienstleister nutzten moderne, zum Teil vormals wenig bis gar nicht im Einsatz befindliche Technologien zur Erbringung ihrer Services. Ein Trend, der mit dem derzeitigen Ende der Pandemie kein Ende findet.

Volle Kontrolle & strenge Auflagen

Der dringende Bedarf an ausfallsicheren, schnell verfügbaren und technisch gut entwickelten Technologien zeigte, vor welchen Herausforderungen Österreich bzw. die Europäische Union steht: In einem digitalisierten Europa ist es wichtig, sicherzustellen, dass die digitalen Anwendungen der Behörden den öffentlichen Bedürfnissen und Erwartungen sowie den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Um die Möglichkeit der Selbstbestimmung zu wahren,

ist es wichtig, dass öffentliche Verwaltungen und auch deren IT-Dienstleister die volle Kontrolle über die Daten ihrer Bürger:innen haben, damit sie deren Verfügbarkeit und Sicherheit gewährleisten können. Digitale Dienste sollen auf Bürger:innen ausgerichtet, sicher und vertrauenswürdig sowie für alle zugänglich und verständlich sein. Öffentliche Einrichtungen müssen sicherstellen, dass Daten nicht ohne deren Wissen oder Zustimmung übertragen oder verarbeitet werden. Mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) hat Europa die Rechte seiner Bürger:innen in Datenschutzfragen deutlich gestärkt und Datenverarbeitern strenge Auflagen erteilt, wie mit personenbezogenen Daten umzugehen ist, welche Informationen über die Verwendung von Daten an die Benutzer:innen zu übermitteln bzw. welche Einverständniserklärungen zur Nutzung dieser Daten einzuholen sind. Dies ist ein wichtiger Faktor für die Wahrung des Vertrauens der Bürger:innen in öffentliche Einrichtungen.

Unabhängig und sicher verwahrt

Die Verfügbarkeit von IT-Infrastrukturen und -Daten ist für eine funktionierende öffentliche Verwaltung, die sowohl Bürgerinnen und Bürgern als auch Unternehmen zur Verfügung steht, von entscheidender Bedeutung. Die Speicherung von Daten außerhalb der EU kann ein Risiko für die öffentliche Verwaltung darstellen. Bei der Entwicklung von Lösungen sollte daher die Nutzung von nationalen oder zumindest innereuropäischen Rechenzentren, die von Drittstaaten unabhängige Leistungen anbieten, verstärkt in Betracht gezogen werden. In Österreich ist das BRZ der größte Rechenzentrumsbetreiber für den öffentlichen Bereich und trägt so zur Stärkung der digitalen Souveränität bei. Dem BRZ kommt im Rahmen seiner Rolle als IT-Marktführer im Public Sector und erster Ansprechpartner für die digitale Transformation in der Bundesverwaltung eine besondere Rolle zu,

was die Entwicklung von technologisch eigenständigen und dennoch kompatiblen und skalierbaren Services betrifft. Bei der Entwicklung eigener Anwendungen kann das BRZ nicht nur auf Shared Services setzen, sondern auch auf das eigene Rechenzentrum zurückgreifen, das einen Betrieb von Cloud-Anwendungen ohne Rückgriff auf fremde Rechenzentren ermöglicht. Daten bleiben so in Österreich sicher und mehrfach redundant gespeichert.

Hochmoderne Infrastruktur

Mit Container-Plattformen (OpenShift) kann das BRZ auch eine hochmoderne Infrastruktur für den Betrieb kritischer Anwendungen anbieten. Die BRZ-PaaS kam etwa beim Grünen Pass und der dahinterliegenden Infrastruktur zur Erstellung EU-konformer COVID-19-Zertifikate zum Einsatz. Auch der aktuelle Betrieb der BRZ-Ausweisplattform erfolgt über die BRZ-PaaS. Diese Plattform ist neben der ID Austria, die für eine eindeutige Identifizierung sorgt, die Grundlage für elektronische Ausweise in Österreich. Das erste in Österreich umgesetzte Produkt dafür ist der digitale Führerschein. Insbesondere beim Umgang mit hochsensiblen Daten wie etwa Ausweis- oder Gesundheitsinformationen zeigt sich, wie wichtig die technologische beziehungsweise digitale Souveränität in der Praxis ist und auch langfristig gewährleistet sein muss. ■



analyze_it

Ing. Roland Ledinger
ist Geschäftsführer des BRZ

Souveränität gewährleisten

Gerade öffentliche IT-Dienstleister sind gefordert, einen Beitrag zu leisten, die digitale Souveränität der öffentlichen Verwaltung und damit ihrer Bürger:innen sicherzustellen. Öffentliche IT-Dienstleister genießen ein hohes Vertrauen innerhalb der Verwaltung, aber auch der Bevölkerung, wenn es um die Speicherung und Verarbeitung von sensiblen Daten geht. Deshalb muss umso mehr sichergestellt werden, dass die Daten von Bürgerinnen und Bürgern rechtskonform im Sinne der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), somit z. B. nicht ohne deren Wissen oder Zustimmung, übertragen oder verarbeitet werden. Dies ist ein wichtiger Faktor für die Wahrung des Vertrauens der Bürger:innen in öffentliche Einrichtungen.

Auch die Verfügbarkeit von IT-Infrastrukturen und -Daten ist für eine funktionierende öffentliche Verwaltung, die sowohl Bürgerinnen und Bürgern als auch Unternehmen zur Verfügung steht, von entscheidender Bedeutung. Die Speicherung von Daten außerhalb der EU stellt ein faktisches - was den Zugriff betrifft - und auch juristisches - in Hinblick auf den Datenschutz - Risiko dar. Ebenso riskant ist eine Abhängigkeit öffentlicher IT-Infrastrukturen von Monopolisten, die mitunter nicht in der EU ansässig sind. Der Trend zur ausschließlichen Bereitstellung vieler zentraler Anwendungen als reine Cloud-only-Produkte verstärkt dieses Risiko. Öffentliche IT-Anbieter können gemeinschaftlich organisiert jedoch stärkeren Druck auf Monopolisten ausüben und Nutzungsbedingungen entsprechend ihren Anforderungen umsetzen. Eine zentrale Plattform zur Organisation gemeinsamer Anliegen ist hier etwa die EURITAS, die europaweit öffentliche IT-Anbieter vernetzt.

Um einen Beitrag zur digitalen Souveränität zu leisten, hat die EURITAS ein Framework für eine Cloud-Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung erarbeitet. So wird etwa ein Netzwerk von Cloud-Infrastrukturen für öffentliche Verwaltungen in der EU und EFTA vorgeschlagen, das von öffentlichen IT-Dienstleistern aufgebaut und gewartet wird. So können wir auch die sichere und vertrauliche Handhabung der Daten, die sich darin bewegen, gewährleisten. Entsprechend müssen auch Standards für die Interoperabilität und ein Rahmen für die Zusammenarbeit öffentlicher IT-Dienstleister zwischen den Mitgliedstaaten vereinbart werden. Es freut mich, dass die EU-Kommission nun unsere Ideen aufgegriffen und eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben hat.

Haben Sie noch Fragen?

Ich freue mich auf Ihre Kontaktaufnahme: kommunikation@brz.gv.at

Zuallererst Cloud first

Die Cloud-Transformation im Public Sector ist Realität und muss bei IT-Lösungen mit Zukunft stets mitgedacht werden.

Public Cloud Services. Das Thema Cloud hat sich einen festen Platz in der Welt der IT erobert. Sogenannte Hyperscaler, also Unternehmen wie Google, Amazon oder Microsoft, bauen ihre Rechenzentren immer weiter aus und stellen international Services auf unterschiedlichen Ebenen zur Verfügung – von Infrastrukturleistungen bis hin zu vollständigen Software-Lösungen. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass die Cloud-Technologie auch immer stärker von den klassischen IT-Providern angewendet wird. Konzeptionell bedeutet das, Dienste auf unterschiedlichen technischen Ebenen so zur Verfügung zu stellen, dass sie über definierte Schnittstellen rasch und dynamisch genutzt werden können. Dieser Grundsatz bringt in jedem Fall Vorteile. Insofern gewinnt das Thema Cloud in Zusammenhang mit IT-Anwendungen für die öffentliche Verwaltung an Bedeutung und wird künftig einen fixen Platz in den Überlegungen von Umsetzungen haben.

Strategisches Vorgehen

Ziel von Cloud-Strategien ist es, standardisierte, einfacher nutzbare und besser austauschbare Services zu entwickeln. Die EU hat dafür bereits eine klare IT-Strategie festgelegt. Cloud first bedeutet, dass Systeme so konzipiert werden sollten, dass sie von den Vorteilen Cloud-basierter Bereitstellungsmodelle profitieren können. Bei der Wahl der Architektur für eine konkrete Anwendung oder ein System, insbesondere bei der Entscheidung, ob on premises im eigenen Rechenzentrum oder ob ein Public Cloud-System genutzt werden soll, sind systembedingte Vorteile, Einschränkungen und Risiken abzuwägen. Das bedeutet: Jede neue Entwicklung sollte vorzugsweise Cloud-nativ sein.



„Cloud-Lösungen innerhalb der europäischen Verwaltung bedarfsgerecht bereitzustellen und somit deren Austausch über Grenzen hinweg zu ermöglichen, ist eine Chance, die Herausforderungen der digitalen Transformation gemeinsam zu bewältigen.“

Karin Wegscheider, MBA, Bereichsleiterin Product Management im BRZ

Innovative Ansätze

Auch das BRZ entwickelt eine Cloud-Strategie. Wobei es schon bisher eine klare Ausrichtung gibt, neue Anwendungen auf Basis der standardisierten Plattform-Services (PaaS) mit Microservice-Architekturen und Container-Technologien zu entwickeln. Damit wurde die Grundlage für die Cloud-Fähigkeit aktueller Anwendungen geschaffen und das Prinzip Cloud first schon umgesetzt. „Das BRZ ermöglicht damit für seine Kunden größtmögliche Flexibilität und hohe Resilienz für kritische Services“, erklärt Karin Wegscheider, MBA, Bereichsleiterin Product Management im BRZ. „Damit einher gehen die drastische Reduktion der Setup-Zeiten und geringere Kosten. Hardware muss nicht exklusiv für Spitzenlasten vorgehalten werden und unsere Plattform-Services sind standardisiert und stets aktuell. Das bringt uns und unseren Kunden eine erhebliche Beschleunigung der Anwendungsentwicklung bei gleichzeitiger Erhöhung des Sicherheitsniveaus.“ Damit ist das BRZ für eine strategische Ausrichtung der Kunden bestens vorbereitet und kann die Vorteile der Nutzung von Cloud-Technologie betreffend Skalierung, Standardisierung, Verfügbarkeit, Energieeffizienz und die damit verbundene Kostenreduktion an seine Kunden weitergeben.

Entwicklung mit Zukunft

Um das Potenzial der Technologie voll auszuschöpfen, müssen Anwendungen für den Einsatz in sogenannten Containern entwickelt werden, die nicht nur die Anwendung selbst, sondern auch die gesamte zugrunde liegende Software enthalten, die für den Betrieb erforderlich ist. Der Vorteil besteht darin, dass diese nicht nur im eigenen Rechenzentrum betrieben werden können, sondern überall dort, wo entsprechende Plattformdienste unter definierten Standards und spezifizierten Basiselementen – etwa eID- oder eIDAS-konform – angeboten werden. Damit ist es also möglich, Anwendungen auf mehrere Rechenzentren zu verteilen. Besonders aktuelle Anwendungen, wie der elektronische Impfpass oder die E-Ausweisplattform als Basis des digitalen Führerscheins, wo in sehr kurzen Zeitabschnitten mit sehr großem Interesse der User zu rechnen ist, profitieren von dieser Technologie. Aber auch der Austausch von IT-Anwendungen und IT-Services zwischen Organisationen der öffentlichen Verwaltung weit über die Landesgrenzen hinaus wird damit ermöglicht. Hier kann die Cloud-Technologie eine gemeinsame Entwicklung ermöglichen, der Betrieb kann dann je nach Ressourcen oder Kostenaspekten gemeinsam oder verteilt erfolgen.

Resilienz stärken, Skalierbarkeit erhöhen

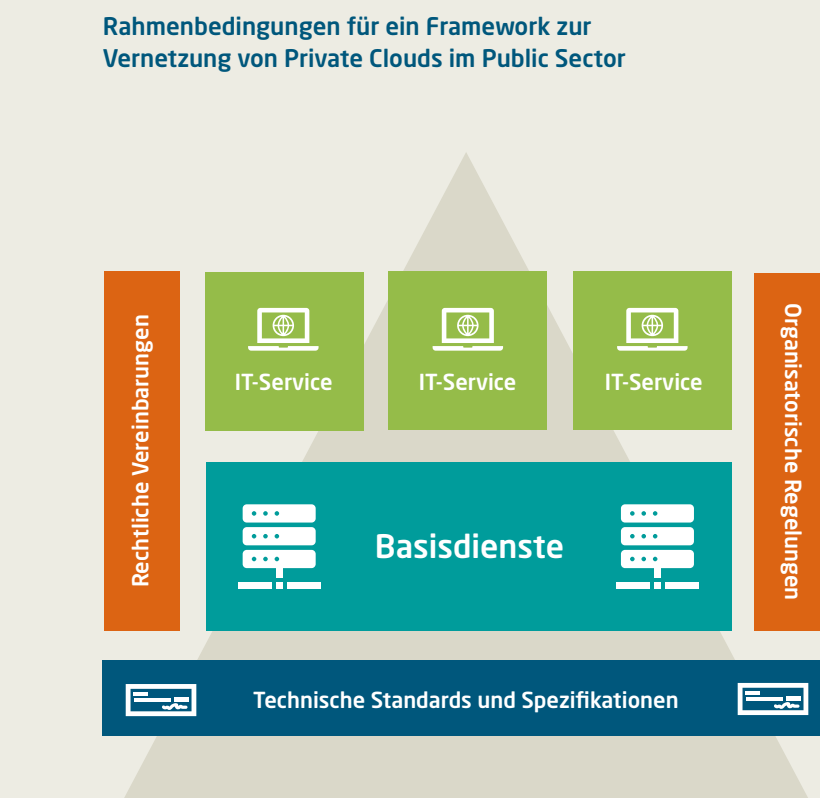
Langfristiges Ziel wäre, dass IT-Anwendungen der öffentlichen Verwaltung bedarfsgerecht als Cloud-Services über mehrere IT-Provider bereitgestellt werden können und so der Austausch von IT-Lösungen zwischen den öffentlichen Verwaltungen, bessere Skalierbarkeit sowie stärkere Resilienz sichergestellt werden. Sowohl bei Verknappung der Ressourcen als auch in Krisenfällen können gemeinsame Cloud-Lösungen ihre Stärken ausspielen. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Sicherheit von IT-Anwendungen. Durch Bündelung und Standardisierung sind die Entwicklungen nicht nur standardmäßig nach dem Prinzip Security by Design entwickelt, sondern weisen auch bei etwaigen Cyber-Angriffen eine optimierte Security-Struktur auf. ■

Vernetzt mit System

Öffentliche IT-Dienstleister brauchen verbindliche Standards, um Souveränität, Sicherheit und Vertraulichkeit zu gewährleisten.

Gemeinsame Modelle. Auf EU-Ebene gibt es mehrere Initiativen zur Regulierung von Cloud-Diensten, um ein klares Regelwerk für den Datenaustausch zwischen der EU und Drittländern zu schaffen und gemeinsame Standards und Modelle für den öffentlichen Sektor in der EU zu entwickeln. Dazu ist eine weitere Zusammenarbeit zwischen EU-Institutionen, öffentlichen Verwaltungen, öffentlichen IT-Dienstleistern und Cloud-Anbietern erforderlich. Das BRZ bringt seine Expertise über die EURITAS, ein Netzwerk der führenden europäischen IT-Service-Provider des Public Sectors, in diesen Prozess ein.

So erarbeitete die EURITAS etwa ein Framework für eine Cloud-Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung zur Stärkung der digitalen Souveränität. Ein Vorschlag der EURITAS sieht etwa ein Netzwerk von Cloud-Infrastrukturen für öffentliche Verwaltungen vor, das von öffentlichen IT-Dienstleistern umgesetzt und betrieben wird. Nur so kann die sichere und vertrauliche Handhabung der Daten, die darin



gespeichert sind, gewährleistet werden. Natürlich müssen davor auf EU-Ebene entsprechende Standards für die Interoperabilität und ein Rahmen für die Zusammenarbeit öffentlicher IT-Dienstleister zwischen den Mitgliedstaaten vereinbart werden. Das Framework sieht auch vor, definierte Basisdienste bereitzustellen. Das betrifft all jene Services, die auf EU-Ebene geregelt werden oder die meisten IT-Anwendungen standardisiert benötigen und somit die Grundlage für die effiziente Nutzung der IT-Anwendungen darstellen. Diese Basisdienste umfassen u. a. die Bereiche eIDAS, Once Only, Single Digital Gateway, Bezahldienste oder Zustelldienste. Cloud-Technologie bietet hierfür die Grundlage, indem sie eine hohe Agilität bei der Anpassung von Anwendungen und Prozessen ermöglicht. Die Möglichkeit, Anwendungen schnell auf neue Ressourcen zu verschieben, bietet Unternehmen außerdem eine höhere Ausfallsicherheit und stärkt die Verfügbarkeit ihrer Dienste. Nicht zuletzt ist auch die Kosteneffizienz der Cloud-Technologie ein wichtiger Faktor. ■

Organisatorisches Framework:

- › Einheitliche Prozesse
- › Spezifikationen für Software Development

Rechtliches Framework:

- › Datenschutz & Austausch
 - › Verrechnung
- Technisches Framework:**
- › Standardisierung für Interoperabilität
 - › Definierte Interfaces und Architektur

Government as a Service

Öffentliche IT-Dienstleister als Begleiter der digitalen Transformation des Staates sind gefordert, sich für das Cloud-Geschäft zu rüsten.

Datenhoheit und Kontrolle. Bei der Diskussion um die Vorteile des Einsatzes von Cloud-Technologien im öffentlichen Sektor, fallen regelmäßig die Stichwörter Skalierbarkeit, Sicherheit, Innovation, Flexibilität, Effizienz oder auch Resilienz des Staates. Letzteres meint, dass die Arbeitsfähigkeit von Staat und Verwaltung jederzeit sichergestellt werden muss. Für Dataport sind Datenhoheit und Kontrolle ein zentraler Bestandteil von digitaler Souveränität, deren Gewährleistung zu den vornehmlichen Aufgaben der öffentlichen IT-Dienstleister gehört.

Gewährleistung digitaler Souveränität

Als IT-Dienstleister im Besitz von Ländern und Kommunen aus dem Norden Deutschlands arbeitet Dataport kontinuierlich daran, die digitale Souveränität seiner Kunden und Eigentümer zu gewährleisten. Ein Beispiel dafür ist die dPhoenix-Suite, mit der ein digital souveräner Arbeitsplatz auf Open Source-Basis entwickelt wurde. Phoenix ist eine Alternative zu klassischen Office-Paketen: Mailen, gemeinsam Dokumente bearbeiten, Chatten oder Videokonferenzen abhalten – all das kommt überall und jederzeit aus einer sicheren Cloud auf deutschen Servern und bietet volle Kontrolle über die eigenen Daten.

Cloud-Strategie aus dem Norden

Zum Thema Cloud hat Dataport eine Strategie erarbeitet, die die Sicht von Kunden, von Partnern und der eigenen Organisation miteinander verbindet. Unser Ziel ist es, ein wettbewerbsfähiges Portfolio aufzubauen, unsere Innovationsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern und damit letztlich den Anforderungen unserer Kunden und Anwender:innen zu entsprechen. Gemeinsam mit Kunden und Partnern bauen wir ein Ökosystem auf, in dem gemeinsame Entwicklungsplattformen und Standards genutzt werden können, in dem der Wissensaustausch gepflegt wird und in dem auch die Nachnutzbarkeit von Lösungen gewährleistet werden kann. Dafür werden Kompetenzen auf allen Ebenen geschaffen, die internen Strukturen und Prozesse an-

gepasst sowie Lösungen und unsere bestehende IT-Infrastruktur cloud ready gemacht.

Deutsche Verwaltungs-Cloud

Bei Dataport sind wir außerdem überzeugt vom Projekt Deutsche Verwaltungs-Cloud und wirken aktiv mit bei ihrer organisatorischen und technischen Umsetzung. Diese soll digitale Souveränität gewährleisten und den Einsatz von Open Source-Produkten verstärken. In der Deutschen Verwaltungs-Cloud werden bereits vorhandene Cloud-Angebote der staatlichen Verwaltungen in Deutschland gebündelt und Standards für die Entwicklung zukünftiger Anwendungen vorgegeben. Damit wollen wir auch die Anschlussfähigkeit europäischer Lösungen gewährleisten. Zuständig für die Realisierung ist der Deutsche IT-Planungsrat, der in Deutschland Bund und Länder bei ihrer Zusammenarbeit in IT-Fragen koordiniert. Erstes sichtbares Zeichen der Umsetzung der Deutschen Verwaltungcloud ist die Realisierung eines Cloud-Service-Portals. Das ist das von öffentlichen IT-Dienstleistern erarbeitete Einstiegstor in den digitalen Markt, über das künftig alle deutschen Behörden Cloud-Leistungen beziehen können und das seit März 2023 unter <https://deutsche-verwaltungcloud.de/> erreichbar ist.

Den Herausforderungen stellen

Der Aufbau und die Nutzung von Cloud-Infrastrukturen ermöglicht für den öffentlichen Sektor Kostenoptimierungen, Produktivitätssteigerungen, eine schnelle Skalierbarkeit und den effizienten Einsatz von Ressourcen sowie Standardisierungsmöglichkeiten. Damit verändert Cloud Computing auch die Art und Weise der Bereitstellung von Services sowie die Geschäftsmodelle der öffentlichen IT-Dienstleister. Alle öffentlichen IT-Dienstleister müssen sich diesen neuen Herausforderungen stellen und überlegen, wie sie sich für das Cloud-Geschäft aufstellen – auch vor dem Hintergrund der weltweiten Entwicklung von Cloud-Anbietern und deren Services.

Modernisierungsdruck steigt stetig

Schon heute verändert sich die Art und Weise, wie die öffentliche Verwaltung ihre Aufgaben wahrnimmt und ihre Leistungen erbringt. Der Modernisierungsdruck in Sachen Cloud auf die Verwaltungen steigt. Mit Blick auf den Fachkräftemangel und den drohenden Personalverlust im öffentlichen Sektor in den nächsten zehn Jahren muss es darum gehen, weit mehr Prozesse als bisher zu automatisieren. Cloud-Lösungen können dabei unterstützen, z. B.

wenn es darum geht, Fachverfahren nur noch einmal zu entwickeln und aus der Cloud für mehrere Verwaltungen zur Verfügung zu stellen. Ziel muss es sein, nachnutzbare Anwendungen zu entwickeln und diese automatisiert im Sinne von government as a service anbieten zu können. Zunehmend wichtig wird auch die Fähigkeit, Cloud-Services anderer öffentlicher Anbieter im eigenen Rechenzentrum lauffähig zu machen oder Anwendungen aus public und private Clouds im Sinne eines cloud integrators anbieten zu können.

Daten als Basis für KI-Anwendungen

Ein weiteres wichtiges Cloud-Thema ist die Bereitstellung von Daten. Datenplattformen bündeln Daten aus verschiedenen Bereichen wie z. B. Mobilität, Gesundheit, Energie über Bildung und bieten einen Rundumblick über lokale, regionale oder auch europaweite Gegebenheiten. Die Visualisierung solcher Daten geschieht häufig in Form von Dashboards und unterstützt Politik und Verwaltungsspitzen bei ihrer Entscheidungsfindung. Daten sind damit die Grundlage für evidenzbasiertes Regierungs- und Verwaltungshandeln. Daten sind aber auch die Grundlage für KI-Anwendungen wie Chatbots oder Sprachmodelle wie ChatGPT und sie ermöglichen die Simulation künftiger Ereignisse. Mit data[port]ai bietet Dataport eine Plattform, auf der sowohl eigene KI-Anwendungen wie Chatbots als auch Anwendungen von Dritten zur Verfügung gestellt werden.

Neue Geschäftsmodelle braucht das Land

Die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle von IT-Dienstleistern der öffentlichen Verwaltung ist in hohem Maße beeinflusst vom Leistungsangebot und den Marktanteilen der großen US-amerikanischen Hyperscaler. Der Aufbau der Deutschen Verwaltungcloud war zunächst ein Einstieg in die Cloud-Thematik für die öffentliche Verwaltung und soll eine digital souveräne Alternative zu ihnen darstellen. Den Beteiligten ist dabei sehr bewusst, dass sie in Bezug auf die Leistungsfähigkeit nicht immer mit den Angeboten der Hyperscaler konkurrieren können und dass die Verwaltung eine Multi-Cloud-Strategie erarbeiten muss.

Vertrauenswürdige Clouds gefragt

Nicht nur in Deutschland ist aktuell eine Diskussion um die Frage entbrannt, welche Verwaltungsleistungen aus einer privaten Cloud bezogen werden sollten – also aus einem hochsicheren deutschen Rechenzentrum, das digitale Souveränität gewährleistet und auch

im geopolitischen Krisenfall noch arbeitsfähig ist. Daneben entstehen sogenannte vertrauenswürdige souveräne Clouds, in denen deutsche, europäische und internationale Anbieter ihre Leistungen in verschiedenen Modellen (Treuhand- oder AirGap-Modell) anbieten. Microsoft und SAP bauen in Deutschland gemeinsam die Delos-Cloud, die Deutsche Telekom baut mit Google ebenfalls eine souveräne Cloud auf. Beide garantieren Server-Standorte in Deutschland, um den hohen Anforderungen an Datenschutz und -sicherheit gerecht zu werden. Daneben existieren weiterhin die bekannten public clouds großer Anbieter wie die Azure Cloud, aus denen die Verwaltung weiterhin Services beziehen wollen. Wie das Zusammenspiel der unterschiedlichen Lösungen in Zukunft aussehen kann und soll, ist eine aktuell diskutierte Frage. Sowohl in Deutschland als auch in ganz Europa muss die Diskussion zum Thema Multi-Cloud erst noch geführt werden.

Nur gemeinsam im Verbund stark

Dataport und das BRZ haben sich als Mitglieder im Verband EURITAS für den Aufbau eines Netzwerkes der europäischen Dienstleister ausgesprochen, in dem Standards vereinbart und Interoperabilitätsfragen für eine europäische souveräne Cloud geklärt werden können. Aus unserer Sicht ist die europäische Perspektive auf das Thema Cloud vor allem auch deshalb wichtig, weil nur so Skaleneffekte in Bezug auf die Realisierung von Government as a Service möglich werden. Wir müssen bei Cloud-Services für die öffentliche Verwaltung die Ebene der Nationalstaaten verlassen und stärker europäisch denken. Nun kommt es darauf an, dass der gesamte öffentliche Sektor in Europa sich stärker mit dem Thema befasst, gemeinsame Vorstellungen entwickelt und auch Anforderungen an die Cloud-Betreiber definiert. Der Diskussionsprozess hat gerade erst begonnen. Die IT-Dienstleister der öffentlichen Verwaltung sind jedenfalls auf dem richtigen Weg und bereit, ihr Know-how zur Verfügung zu stellen. ■



Die Autorin **Tina Siegfried** befasst sich seit Anfang der 1990er Jahre mit der Digitalisierung von Staat und Verwaltung und hat in verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen zum Thema eGovernment geforscht. Sie arbeitet an aktuellen Fragestellungen zur digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung im Bereich strategische Unternehmenssteuerung bei Dataport in Hamburg. Das EURITAS-Mitglied Dataport ist der Informations- und Kommunikationsdienstleister der öffentlichen Verwaltung für die Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Sachsen-Anhalt, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern sowie für die Kommunen in Schleswig-Holstein.

Basis für Innovation

Offene Daten bergen große Chancen für Innovation und für neue Geschäftsmodelle.

Große Erleichterung. Die Open Data-Richtlinie 2019/1024 des Europäischen Parlaments und des Rates regelt Mindestvorschriften und praktische Modalitäten zur Erleichterung der Weiterverwendung von grundsätzlich bereits veröffentlichten Daten des öffentlichen Sektors. In Österreich wurde die Neufassung der EU-Richtlinie durch das novellierte Informationsweiterverwendungsgesetz 2022 (IWG 2022) im Juli letzten Jahres umgesetzt und ist seitdem anzuwenden. Der Anwendungsbereich wurde nun auch auf öffentliche Unternehmen und öffentlich finanzierte Forschungsdaten ausgedehnt. Neu ist, dass bis Mitte nächsten Jahres bestimmte hochwertige Datensätze festgelegt werden, die in der gesamten EU kostenlos und in offenen Formaten verfügbar gemacht werden müssen.

Daten weiterverwendbar machen

Die EU-Richtlinie und das IWG 2022 beinhalten einerseits keine Verpflichtungen für die Veröffentlichung von bzw. Zugang zu Informationen an sich. Andererseits sind jene Daten, die veröffentlicht bzw. zugänglich gemacht werden, in einer Art und Weise zur Verfügung zu stellen, dass diese für kommerzielle und nicht-kommerzielle Zwecke weiterverwendbar sind. Gemäß IWG 2022 sind daher dynamische Daten mittels Programmierschnittstellen bereitzustellen. Eine elementare Rolle nimmt dabei das österreichische Datenportal data.gv.at ein. Die Metadaten aller veröffentlichten Datensätze sind über dieses Portal zentral auffindbar zu machen. Seit dem Start von data.gv.at im Jahr 2012 verantwortet das BRZ im Auftrag der Cooperation Open Government Data Österreich den Betrieb der Plattform und die Umsetzung der technischen Weiterentwicklungen. Das BRZ sorgt auch für die Schnittstelle zu data.europa.eu. Das europäische Datenportal ist der zentrale Zugang zu Daten aus allen EU-Mitgliedstaaten. Das Portal umfasst mehr als eine Million Datensätze aus verschiedenen Bereichen wie Umwelt, Gesundheit, Verkehr oder Bildung. Es bietet auch verschiedene Dienste an, wie z. B. einen Katalog von Anwendungen, die auf offenen Daten basieren, oder ein Dashboard zur Messung der Reife von offenen Daten in Europa. ■

Daten mit Potenzial

Die Bereitstellung offener Daten des öffentlichen Sektors ist zentral für die digitale Wirtschaft und die Entwicklung von künstlicher Intelligenz.

Zugänglich und weiterverwendbar.

Um das volle Potenzial von Daten auszuschöpfen, müssen diese zugänglich und weiterverwendbar sein. Offene Daten unterliegen bis auf die Nennung der Quelle keinen weiteren Einschränkungen und sind somit eine ideale Basis für die Entstehung innovativer Anwendungen. Durch die gemeinsame Nutzung von Daten können bislang ungeahnte Potenziale der Datenwirtschaft freigesetzt werden. Die Entwicklung von künstlicher Intelligenz (KI) beispielsweise basiert auf der Nutzbarkeit entsprechender Datenmengen. Entscheidend hierbei ist die Verfügbarkeit qualitativ hochwertiger und ausgewogener Daten als Grundlage für das Training von KI, etwa um Vorurteile – soge-

nanntes Bias – zu vermeiden oder dem Phänomen des Halluzinierens vorzubeugen. Daten des öffentlichen Sektors werden aufgrund ihrer Vollständigkeit und Ausgewogenheit und vieler weiterer Aspekte als besonders vertrauenswürdige Daten eingestuft, zumal sie im öffentlichen Auftrag für das Allgemeinwohl erstellt und verarbeitet werden. Öffentliche Daten können also als sichere Referenz für Faktenchecks, gegen Desinformation, Manipulation, u.v.m. verwendet werden. Großes Potenzial bestünde in deren Weiterverwendbarkeit für die Entwicklung vertrauenswürdiger KI. Freilich ist dieser Zweig noch in Entwicklung und bedarf sicherer Rahmenbedingungen. ■

„Die Verfügbarkeit offener Daten ist unerlässlich für die digitale Transformation der Verwaltung. Offenheit fördert das innovative Zusammenwirken von Wirtschaft, Gesellschaft und Forschung. Der Grundsatz ‚open by design and by default‘ ist ein wesentlicher Maßstab.“

Mag. Martin Semberger, Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft



Offene Daten in der Praxis

Leistungsstarke Anwendungen für die öffentliche Verwaltung.

Innovative Plattformen. Die Potenziale offener Daten haben die Fähigkeit, sowohl den privaten Sektor als auch die öffentliche Verwaltung erheblich zu beeinflussen. Durch die Bereitstellung von Daten als Open Data werden innovative Plattformen und Lösungen geschaffen. Einige konkrete Beispiele, die den Nutzen von Open Data unterstreichen:

- › **Rechtsinformationen für alle:** Ein Paradebeispiel ist das Rechtsinformationssystem der Republik Österreich. Es bietet durch die Bereitstellung als Open Data-Anwendung Zugriff auf ein breites Spektrum an Rechtsinformationen. Dank der offenen Datenarchitektur konnten Community-generierte Plattformen wie risplus.at und gesetzfinden.at entstehen. Diese Plattformen bieten Bürger:innen zusätzliche Möglichkeiten, wichtige Rechtsinformationen zu nutzen.
- › **Transparente Ausschreibungen:** Auch das Bundesvergabegesetz profitiert von der Bereitstellung offener Daten. In diesem Bereich gibt es etwa offenevergaben.at. Diese Plattform fördert mit umfangreichen Analysen die Transparenz und Rechenschaftspflicht in der öffentlichen Verwaltung.
- › **Vermögen und Schulden:** Ein Blick auf data.gv.at offenbart weitere sinnvolle Beispiele für den Nutzen offener Daten in der Verwaltung: Zum Beispiel bietet die Plattform den offenen Datensatz „HFCS: Internationale Statistiken“ zu den Vermögen und der Verschuldung. Dieser umfassende Datensatz enthält detaillierte Informationen über die finanzielle Situation der Haushalte in Europa und ermöglicht es, ein umfassendes Bild der ökonomischen Verhältnisse auf Länderebene und nach verschiedenen sozio-ökonomischen Charakteristika zu gewinnen. „Diese Erkenntnisse können dann genutzt werden, um gezielte Maßnahmen zur Förderung der finanziellen Stabilität zu entwickeln und um die soziale Gerechtigkeit zu stärken“, zeigt sich Mag. (FH) Robert Seyfriedsberger, Teamleiter Business Intelligence & Open Data im BRZ, begeistert. „Darüber hinaus können die Daten auch dabei helfen, den Effekt von politischen Entscheidungen und wirtschaftlichen Veränderungen auf verschiedene Bevölkerungsgruppen zu verstehen und zu bewerten. Damit wird dieser Datensatz zu einem wichtigen Werkzeug für eine effektive und evidenzbasierte Politikgestaltung.“ ■



innovate_it

Mag. (FH) Robert Seyfriedsberger
Teamleiter Business Intelligence & Open Data im BRZ

Synergien für eine effiziente Verwaltung

Ich habe täglich das Privileg, den technologischen Fortschritt in der öffentlichen Verwaltung mitzugestalten. Im BRZ haben wir nicht nur die Entwicklung der Artificial Intelligence von einer abstrakten Idee zu einem zentralen Bestandteil der digitalen Infrastruktur begleitet, sondern auch aktiv daran mitgewirkt, diese Transformation voranzutreiben. Doch die Technologie an sich ist nur ein Teil der Gleichung – was zählt, ist ihr Potenzial.

In diesem Sinne war auch die EU Open Data-Richtlinie 2019/1024 bzw. die Umsetzung im Informationsweiterverwendungsgesetz 2022 eine Revolution. Sie brach die Mauern um Datenbanken herum auf und schuf einen Raum, in dem Daten frei fließen und zur Unterstützung von Innovationen und neuen Geschäftsmodellen genutzt werden können – breitere Öffnung des öffentlichen Sektors hin zu mehr Transparenz und Teilhabe.

Unsere Aufgabe ist es, die technische Umsetzung dieser Vision zu gewährleisten. Dazu gehört nicht nur die Zugänglichmachung von Daten, sondern auch die Sicherstellung ihrer Qualität und Ausgewogenheit. Diese Aspekte sind von entscheidender Bedeutung, wenn wir diese Daten als Basis für AI verwenden wollen. Daten des öffentlichen Sektors, die aufgrund der hohen Qualitätsstandards als besonders vertrauenswürdig gelten, bilden eine sichere Referenzbasis für die Entwicklung der AI und können bspw. als solide Grundlage für Faktenchecks dienen.

Doch was bedeutet das konkret? Open Data und AI bieten enorme Chancen zur Verbesserung der Effizienz und Effektivität von Verwaltungsdienstleistungen. Sie können dazu beitragen, eine transparentere, inklusivere und demokratischere Gesellschaft zu schaffen. Sie können den Weg für innovative Ansätze in allen Bereichen von Verkehr und Gesundheit bis hin zu Bildung und Umwelt ebnen. Wir stehen trotzdem erst am Anfang. Die vollständige Verwirklichung des Potenzials von Open Data und AI erfordert die aktive Beteiligung und Mitgestaltung aller Akteure – Regierung, Unternehmen, Zivilgesellschaft und Bürger:innen. Jeder von uns kann zur Gestaltung unserer digitalen Zukunft beitragen. Gemeinsam können wir das volle Potenzial der offenen Daten und der AI erschließen und die Vision einer offenen, innovativen und inklusiven Gesellschaft verwirklichen.

Haben Sie noch Fragen?

Ich freue mich auf Ihre Kontaktaufnahme: robert.seyfriedsberger@brz.gv.at



Alles unter Kontrolle

Wirkungsorientierte Steuerung des Straf- und Maßnahmenvollzuges.

Strategisches Controlling. Die Implementierung eines neuen, auf Wirkungen aufgebauten Haushaltsrechtes war eine der größten Verwaltungsreformen der letzten Jahrzehnte. Nahezu zehn Jahre nach deren Inkrafttreten sind die verschiedenen Ressorts noch immer dabei ihr Verwaltungshandeln dahingehend zu optimieren. „Im Bereich Straf- und Maßnahmenvollzug ist man nun diesem Verwaltungschange einen bedeutenden Schritt nähergekommen“, freut sich der leitende Staatsanwalt Dr. Christian Schnattler und sein Kernteam, das im Justizministerium für das strategische Controlling des Straf- und Maßnahmenvollzuges zuständig sind. „Die Neudefinition von messbaren Wirkungen und deren Verankerung in unserer täglichen Arbeit, sowie die konsistente Durchwirkung der gesamten Organisation waren unser oberstes Ziel.“

Steuerung der gesamten Organisation Erreicht wurde das mit der Implementierung einer wirkungsorientiert fokussierten Verwaltung, dem ein sechsjähriger Veränderungsprozess vorausging. Ziel war eine in sich konsistente, zentrale Steuerung der gesamten Organisation, basierend auf einer gemeinsamen Datengrundlage und auf verbindlichen jährlichen Ressourcen-, Ziel- und Leistungsplänen. Das veränder-

te die Management- und Controllingprozesse sowohl für die im Justizministerium zuständige Generaldirektion als auch für leitendes Personal aus den 28 nachgeordneten Justizanstalten und deren mehr als 4400 Mitarbeiter:innen. Das im Straf- und Maßnahmenvollzug zur Anwendung kommende Controlling-Modell ist ein mehrdimensionales System, das auf Basis einer Balanced Scorecard betrieben wird. Heute können 300 Personen in leitenden Funktionen auf eine einheitliche Controlling-Plattform des Straf- und Maßnahmenvollzuges zugreifen, um faktenbasierte Entscheidungen treffen zu können. „Unser Projektziel war es, ein integratives Managementsystem zu schaffen, welches das Erreichen der Zwecke und Ziele des Straf- und Maßnahmenvollzuges, der Sustainable Development Goals sowie der Wirkungsziele automatisiert und visualisiert unterstützt. Weiters soll es die damit befassten Organisationen mit einem Controlling-System strategisch und operativ begleiten“, erklärt dazu Mag. Martin Hackl, BSc, Chief Digital Officer im Bundesministerium für Justiz.

Innovative browser-basierte Plattform Auf Basis des etablierten Datawarehouse Justiz wurden in einem gemeinsamen Projekt mit dem BRZ, dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium für

Finanzen Fachdaten aus den IT-Applikationen des Straf- und Maßnahmenvollzuges mit Vollzugsverwaltungsdaten aus den SAP-Systemen des Bundes verknüpft und unter Nutzung der browser-basierten Reportingplattform einer modernen Visualisierung zugeführt. Die Aktualisierung der Daten erfolgt automatisiert und wird den auf die Dashboards berechtigten Benutzergruppen halbmonatlich zur Verfügung gestellt.

„Die für das Controlling notwendigen Daten werden von den Mitarbeiter:innen in unterschiedlichen Systemen erfasst. Im Datawarehouse werden aus den Quelldaten automatisiert relevante Kennzahlen berechnet und den Führungskräften der Vollzugsverwaltung zur Verfügung gestellt“, so DI Dr. Stephan-Enzo Ungersböck, Product Manager im BRZ. „Ein Führen von gesonderten Listen oder Fremd- bzw. Hilfsapplikationen ist somit nicht erforderlich und eine entsprechende Validität und Reliabilität aller Daten ist gewährleistet.“ Eine Vielzahl an interaktiven Controlling-Berichten gibt den Führungskräften im Rahmen eines Cockpits eine Vielzahl an Möglichkeiten um die Entwicklung von maßgeblichen Kennzahlen zu beobachten und dadurch eine Entscheidungshilfe im Management zu erhalten. Die Software wird noch 2023 erweitert, um das Personal-Controlling besser zu unterstützen. ■

Grenzenlos, aber nicht rechtlos

Mit Ende 2027 sind die europäischen Justizbehörden verpflichtet, elektronisch zu kommunizieren. Ein Game Changer für e-CODEX.

Mahnverfahren. Der italienische Modedesigner Fabrizio Donati steht knapp vor dem Ruin. Dabei hatte er erst für einen österreichischen Theaterveranstalter alle Kostüme kreiert. Donati kaufte teure Stoffe, stellte Schneiderinnen ein ... Als allerdings die Rechnungen eintrafen, stiegen Donatis Sorgen. Die Vorauszahlung des Österreicher hat der Italiener nie erhalten. Nach anfänglichen Beteuerungen, dass das Geld bald eintreffen würde, brach der Kontakt ab. So ein Fall ist innerhalb der eigenen Landesgrenzen sehr einfach abzuwickeln, in diesem grenzüberschreitenden Szenario wird die Sache jedoch komplexer. Seit nunmehr rund 15 Jahre gibt es allerdings ein europäisches, zivilrechtliches Verfahren: das Europäische Mahnverfahren. Mit diesem europaweit standardisierten Verfahren können Ansprüche mit einem einfachen, standardisierten Formular und unter weitgehender Vermeidung von Übersetzungen bei Gericht eingebracht werden. Um das Verfahren weiter zu beschleunigen, um Medienbrüche zu vermeiden und um eine sichere elektronische Kommunikation zu gewährleisten, setzt das Europäische Mahnverfahren auf e-CODEX.



Mag. Mathias Maurer, MSc, Product Manager im BRZ

„Das österreichische Justizministerium hat alle für e-CODEX relevanten Rechtsakte wesentlich mitverhandelt. Die Expertinnen und Experten des BRZ haben dazu ihre technische Expertise und Erfahrung eingebracht.“

Interoperabilität gewährleistet

e-CODEX ist ein dezentrales Kommunikationssystem mit standardisierten Schnittstellen für die sichere und grenzüberschreitende Übertragung von Daten aller Art. Übertragen werden strukturierte Daten, die die Interoperabilität der ebenfalls standardisierten Informationen gewährleisten. Die Standards orientieren sich an Europäischen Rechtsakten wie dem Europäischen Mahnverfahren. e-CODEX ist aber nicht auf Justiz-Verfahren beschränkt, auch wenn dort aktuell der Hauptanwendungsbereich liegt. Die österreichische Justiz war Teil eines internationalen Konsortiums, das e-CODEX im Rahmen eines EU-Förderprojektes entwickelt hat. „Das BRZ hat dabei im Auftrag des Justizministeriums den technischen Lead übernommen“, erklärt Mag. Mathias Maurer, MSc, Product Manager im BRZ. „Neben der Weiterentwicklung wesentlicher e-CODEX-Komponenten gehört dazu heute auch die Koordinierung der anderen europäischen Partner auf technischer Ebene.“

Statt freiwillig verpflichtend

e-CODEX ist in Österreich intensiv im Einsatz, die österreichischen Justizbehörden kommunizieren sehr aktiv elektronisch. Neben dem Europäischen Mahnverfahren wird es noch für das Europäische Bagatellverfahren eingesetzt. Im Strafrechtsbereich kommuniziert die Staatsanwaltschaft Wien im Rahmen eines Pilotbetriebes mit anderen europäischen Strafverfolgungsbehörden. Das europäische Verfahren dazu ist die Europäische Ermittlungsanordnung, mit der die Anordnungsbehörde der Vollstreckungsbehörde im europäischen Ausland Ermittlungsmaßnahmen anordnen kann. Ende Juni haben sich das Europäische Parlament und der Rat auf einen für e-CODEX wichtigen Rechtsakt geeinigt: Die Verordnung über die Digitalisierung der justiziellen Zusammenarbeit. Diese wird voraussichtlich Ende 2023 in Kraft treten und für rund 25 europäische Justizverfahren die Verpflichtung zur elektronischen Kommunikation für Justizbehörden ab Ende 2027 einführen. „Das ist ein Game Changer in der grenzüberschreitenden, elektronischen Kommunikation in der Justiz“, meint dazu Maurer. „Bisher wurde diese Art der Kommunikation auf freiwilliger Basis durchgeführt. Dementsprechend zurückhaltend war die Beteiligung von nationalen Justizbehörden. Durch die Verpflichtung müssen alle Justizbehörden in europäischen Verfahren elektronisch erreichbar sein.“ ■

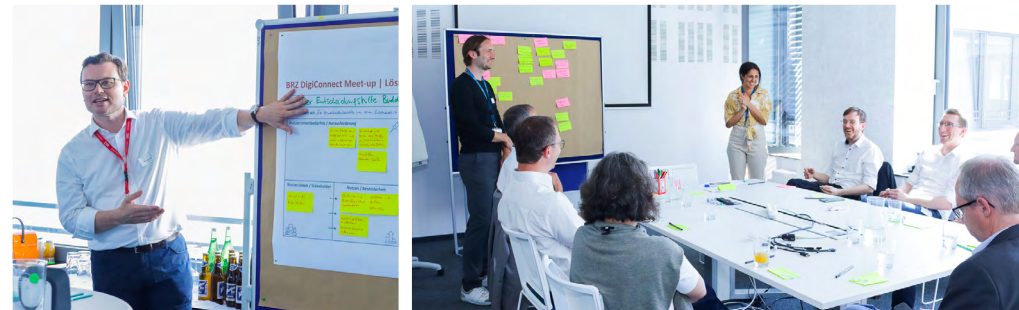
Let's work together

Mittels Open Innovation fördert das BRZ die Zusammenarbeit verschiedener Stakeholder aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft.

Wieder etwas Neues. In der heutigen Zeit stehen Unternehmen und auch Organisationen vor immer komplexeren Herausforderungen, sei es durch sich schnell verändernde Technologien, zunehmende Konkurrenz oder gesellschaftliche Veränderungen. Um diesen Herausforderungen erfolgreich zu begegnen, braucht es innovative Lösungen, Ideen und Plattformen. „BRZ DigiConnect, die Open Innovation-Plattform bietet hierbei einen vielversprechenden Ansatz. Indem wir gemeinsam Innovationsprozesse öffnen und gezielt auf die Einbindung von Partnern setzen, können wir auf ein breiteres Spektrum an Wissen, Ressourcen und Ideen zugreifen“, erklärt Dennis Pregesbauer, MBA, Innovation Manager im BRZ. „Durch die Zusammenarbeit mit Personen aus der öffentlichen Verwaltung, Start-ups oder auch Forschungseinrichtungen können wir die Innovationsfähigkeit sowohl bei der Community als auch im BRZ steigern und schneller auf Veränderungen reagieren. Wir haben das etablierte Format von Meet-ups aufgegriffen und dieses erfolgreich umgesetzt“, so Pregesbauer.

Ideales Format für Innovation

Ein Meet-up ist ein Veranstaltungsformat, das sich in den letzten Jahren zunehmender Beliebtheit erfreut. Es ist eine Gelegenheit für Menschen mit ähnlichen Interessen und Leidenschaften, sich zu treffen, sich auszutauschen und voneinander zu lernen. Insbesondere wenn es um Innovation geht, sind Meet-ups ein äußerst geeignetes Format. Meet-ups schaffen eine offene und kollaborative Umgebung, in der Menschen unterschiedlicher Hintergründe und Fachgebiete zusammenkommen können. Innovation erfordert oft den Austausch von Wissen und Perspektiven aus verschiedenen Bereichen. Neben der Inspiration darf es an der Co-Creation bei Meet-ups nicht fehlen. Im Gegensatz zu traditionellen Konferenzen oder Seminaren, bei denen oft eine einseitige Wissensvermittlung stattfindet, ermöglichen Meet-ups einen aktiven Dialog unter den Teilnehmer:innen. ■



Automatisierung & No Stop Shops

Ende Mai waren 45 Teilnehmer:innen aus Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft beim interaktivem BRZ DigiConnect Meet-up dabei.

Kosten einsparen. Ein zentrales Thema des Meet-ups in der BRZ Innovation Factory war die Automatisierung, die heutzutage in vielen Bereichen des Geschäftslebens eine entscheidende Rolle spielt. Bereits bei unserer großen BRZ DigiConnect-Veranstaltung im Herbst letzten Jahres hat sich dieses Thema als eines der Schwerpunktthemen herauskristallisiert. Durch BRZ Product Manager Christoph-Oliver Lang, MSc erhielten die Teilnehmer:innen des Meet-ups Einblicke in die Welt der Automatisierung. Fragen wie „Was ist Automatisierung?“ oder „Wo setzt das BRZ bereits Automatisierung ein?“ wurden beantwortet. „Mit unseren Automatisierungslösungen bieten wir ein leistungsfähiges Instrument, um manuelle und zeitraubende Tätigkeiten effizienter auszuführen. So können unsere Kunden Durchlaufzeiten verringern und Kosten einsparen“, so Lang. Wie wir wissen, braucht es für neue Technologien oft eine Basis und im Fall der Automatisierung sind es Daten, die wir auch sehr intensiv diskutiert haben. Anschließend

gab Anna Neureiter, FH St. Pölten, einen Crashkurs zum Thema Data Literacy, Datenmanagement und Security. Daten sind, so Neureiter, der Schlüssel für viele Geschäftsprozesse und innovative Technologien wie die oben angesprochene Automatisierung ebenso wie künstliche Intelligenz oder Chatbots.

Basis für interaktiven Teil

Diese beiden Impuls-Vorträge waren dann die Basis für den interaktiven Teil des Meet-ups. „Danach begann die Denkarbeit in interdisziplinären Teams“, so Pregesbauer. „Mithilfe verschiedener Design Thinking-Methoden erarbeiteten wir in kürzester Zeit Prototypen, Mock-ups und Lösungsvorschläge für verschiedene Herausforderungen im Alltag von Personen aus Verwaltung, Wirtschaft und Privatleben.“

Vielversprechendes Meet-up

Das Meet-up zum Thema Automatisierung und No Stop Shops war zweifellos ein großer Erfolg. Die 45 Teilnehmer:innen zeigten sich begeistert von den präsentierten

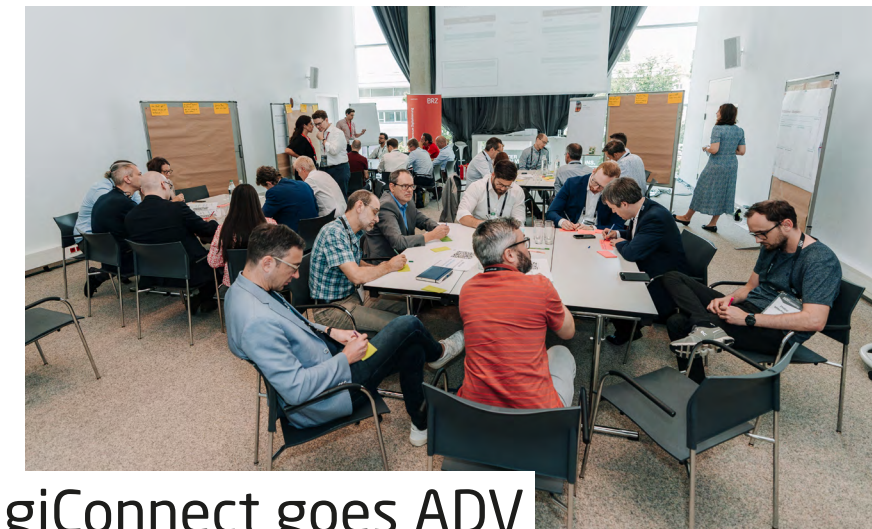
Inhalten, den beiden Impulsen der Expertinnen bzw. Experten und der Möglichkeit, ihr Netzwerk auszubauen und sich mit Kolleginnen bzw. Kollegen aus den unterschiedlichsten Bereichen auszutauschen. „Das BRZ DigiConnect Meet-up brachte wertvolle Erkenntnisse und Inspirationen für die Community. Deshalb möchten wir nun regelmäßig Meet-ups mit unserer Community veranstalten und freuen uns schon sehr aufs nächste Mal“, so Pregesbauer abschließend. ■



Was wurde beim Meet-up erarbeitet?



Hier geht's zur Präsentation der Ergebnisse und zum Video vom DigiConnect Meet-up.



BRZ DigiConnect goes ADV

Im Rahmen der ADV-Konferenz Ende Juni in Graz fand auch ein klassischer BRZ DigiConnect-Workshop zum Thema „KI in der Verwaltung“ statt.

Aktuelle Themen. Ende Juni fand in Graz die ADV-Konferenz statt, bei der Expertinnen und Experten aus der öffentlichen Verwaltung und der IT-Branche zusammenkamen, um über aktuelle Themen und Herausforderungen rund um die Digitalisierung in Österreich und Europa zu sprechen. Dabei veranstaltete auch das Team rund um die Open Innovation-Plattform BRZ DigiConnect einen Workshop, um über den Einsatz von künstlicher Intelligenz bei Services der öffentlichen Verwaltung zu diskutieren. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf der Erarbeitung von möglichen Use Cases.

KI in der Verwaltung

Im Workshop herrschte unter den rund 35 Teilnehmer:innen schnell Konsens, dass der Einsatz von KI an vielen Stellen in der Verwaltung einen Mehrwert bringen kann. Speziell in den Feldern

- › Intelligentes Suchen und Finden,
- › Wissensmanagement,
- › Entscheidungsunterstützung und
- › Intelligente Automatisierung

wird aktuell das größte Potenzial vermutet.

Use Case: Digital Persona Twin

Einer der identifizierten Use Cases trug den Titel „Digital Persona Twin“. Hier wurde gezeigt, wie Bürger:innen durch KI bei Entscheidungen in verschiedenen Lebenslagen unterstützt werden können. Am Beispiel des Themas Förderlandschaft für Privatpersonen bedeutet dies, dass

Privatpersonen keine Expertinnen bzw. Experten sein müssen, um die verschiedenen Prozesse rund um Förderungen abzuschließen, sondern entsprechend von der KI unterstützt werden können – etwa durch ein intelligentes Dialogsystem.

Use Case: KI Work Buddy

Ein weiterer Use Case, der großes Interesse weckte, war die Idee für einen „Digitalen Zuordnungslöser – KI Work Buddy“. Hier wurde erörtert, wie mithilfe von KI-Technologien Verwaltungsmitarbeiter:innen zielgerichtet in ihrer täglichen Arbeit entlastet werden können, beispielsweise durch individuelle Kapazitäts- und Auslastungssteuerung aber auch bereits davor etwa bei der automatisierten Feststellung der Zuständigkeit.

Interesse geweckt

Neben diesen beiden Use Cases gab es viele weitere spannende Ideen und Lösungsvorschläge, die verdeutlichten, wie KI in der öffentlichen Verwaltung in verschiedenen Bereichen Nutzen bringen kann. „Die Veranstaltung hat die Grundlage, aber auch das Bewusstsein dafür geschaffen, dass es essenziell ist, sich in Zukunft mit der KI in der Verwaltung auseinanderzusetzen“, ist Mag. (FH) Bernhard Lukas, Innovation Manager im BRZ, überzeugt: „Das ist eine gute Basis, um dieses Potenzial gemeinsam mit unseren Kunden und Partnern Stück für Stück heben zu können.“ ■

Erfolgreiche Rezertifizierung

Das Informationssicherheits-Managementsystem des LFRZ ist als eines der ersten Unternehmen auf neuestem Stand.

Prozesse adaptiert. Das gesamte Unternehmen ist seit 2014 gemäß ISO 27001 zertifiziert. Nachdem das LFRZ sein Informationssicherheits-Managementsystem an den aktuellen Standard ISO 27001:2022 angepasst hat, wurde nun erfolgreich rezertifiziert. Natürlich wurden dabei auch alle nachgeordneten Prozesse adaptiert. Für die Auditeure war gut zu erkennen, dass dem Thema Informationssicherheit viel Aufmerksamkeit geschenkt wird. Sie kamen zum Schluss, dass das Informationssicherheits-Managementsystem nach ISO 27001:2022 gut aufgebaut ist und die Prozesse sind in der Organisation gut etabliert sind. „Der Erwartungshaltung, einen guten Überblick zur Informationssicherheit in der Organisation zu haben und Risiken frühzeitig zu erkennen, wird Rechnung

getragen. Die Transition auf den neuen Standard ist als gelungen anzusehen“, so die Auditoren in ihrem Bericht.

Gelungene Transition

Das Informationssicherheits-Managementsystem wird kontinuierlich weiterentwickelt, wobei Informationsaspekte evaluiert, Verbesserungspotenziale geprüft und Maßnahmen verabschiedet werden. „Das LFRZ war eines der ersten Unternehmen, die nach dem neuen Standard zertifiziert wurden“, freut sich Georg Melzer, Leitung Infrastruktur und Betrieb, Security Management im LFRZ. „Der neue Normstandard nimmt Bezug auf die geänderten Sicherheitsanforderungen und trägt somit zur Erhöhung der Informationssicherheit der IT-Verfahren und



AMS JobBarometer: Mit nur wenigen Klicks die Trendentwicklung am Arbeitsmarkt darstellen.

der Dienstleistungsqualität bei“, erklärt Melzer. „Die Informationssicherheit wird von uns stetig weiterentwickelt. Durch die Erhebung und Kommunikation von Kennzahlen erreichen wir ein hohes Qualitäts- und Sicherheitsniveau, das transparent und messbar ist.“ ■

Instanzen on premise im eigenen Rechenzentrum. Der Zugriff auf die Infrastruktur des Österreichischen Portalverbunds. Je nach Anforderung des Kunden basiert die Auswertung der Zugriffe auf Basis von Log-Daten oder per Java Script schon beim Zugriffszeitpunkt über die Matomo-Schnittstelle. „Zugriffstatistiken, die auf Basis von Log-Daten erstellt werden, stehen ab dem nächsten Kalendertag zur Verfügung. Beim Tracking über die Matomo-Schnittstelle stehen die Zugriffstatistiken praktisch in Echtzeit zur Verfügung“, erklärt dazu DI Hans-Jürgen Müllner, Project Manager im LFRZ. „Bei der Verarbeitung der erhobenen Daten legen wir natürlich großen Wert auf datenschutzrechtliche Vorgaben. So werden etwa die IP-Adressen im Zuge der Verarbeitung immer anonymisiert.“ ■

Moderne Web-Statistik

Mit Matomo ermöglicht das LFRZ seinen Kunden die Auswertung von vielfältigen Statistiken für ihre Websites.

Spezifische Anforderungen. Matomo ist eine international eingesetzte Open Source-Plattform, die auf Basis von Log-Daten oder per Java-Script Zugriffe auf Web-Seiten und -Anwendungen auswertet. Matomo-Benutzer:innen erhalten umfangreiche Statistiken zu den Besuchen wie etwa die Häufigkeit, die Aufenthaltsdauer, die Zugangskanäle oder Zeiten des Besuchs. Genutzte Geräte, genutzte Software und Herkunftsort sind ebenfalls ersichtlich. Auch das Verhalten der Besucher:innen wie

z. B. Einstiegs- und Ausstiegsseiten und einzelne Aktionen wie Suchbegriffe oder Downloads werden damit transparent. Der Funktionsumfang der Open Source-Plattform kann jederzeit mit kommerziellen Plug-ins erweitert werden. So kann das LFRZ damit auch sehr spezifische Kundenanforderungen erfüllen, die über Standard-Features hinausgehen.

Fokus auf Sicherheit & Datenschutz

Das LFRZ betreibt je nach Kunde und Anwendungsfall mehrere Matomo-

Hot or not?

Ein in Kooperation von BRZ und LFRZ für das AMS umgesetztes Web-Portal gibt Einblick in Trendberufe.

JobBarometer des AMS. Manuel Mustermann hat eine Lehre als Bürokaufmann abgeschlossen. Nach der Elternkarenz plant er einen neuen Karriereweg in der Kinderbetreuung einzuschlagen. Maria Musterfrau wiederum steht kurz vor ihrer HTL-Matura. Um nach dem Abschluss rasch den richtigen Job zu finden, möchte sie sich umfassend zu aktuellen Trends im Bereich Maschinen- und Anlagenbau informieren. Für Personen wie Maria und Manuel gibt nun das neue AMS JobBarometer. Dort kann Manuel sehen, dass die Tendenz im Bereich Kinderbetreuung positiv ist und es auch einen hohen Anteil an Inseraten gibt. Anschließend kann er sich gleich im AMS Ausbildungskompass über Elementarpädagogik informieren. Auch Maria sieht dort viele Inserate zu den Themen Maschinen- und Anlagenbau. Außerdem wird ihr auch angezeigt, in welchen Bundesländern die höchste Nachfrage besteht und welche Kompetenzen gefragt sind.

Das neue AMS JobBarometer

„Der Arbeitsmarkt verändert sich stetig. Manche Berufe gewinnen mehr an Bedeutung, wohingegen andere weniger nachgefragt werden. Mit dem AMS JobBarometer können unsere Kundinnen und Kunden mit nur wenigen Klicks die Nachfrage von Berufen und Trendentwicklungen am Arbeitsmarkt beobachten“, erklärt Mag.^a Claudia Felix, Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation des Arbeitsmarktservice Österreich. Das AMS JobBarometer bietet allen am österreichischen Arbeitsmarkt Interessierten eine Orientierung bei der Jobsuche sowie bei der Aus- und Weiterbildung, um die eigenen Chancen besser einschätzen zu können. Das Portal gibt Auskunft darüber, welche Berufe in Inseraten am Arbeitsmarkt wie oft gesucht werden und bietet eine Prognose über die zukünftige Bedeutung von Berufen. „Diese Informationen werden für die vergangenen Jahre und die einzelnen Bundesländer visualisiert in Form von Charts dargestellt. Ebenso findet man die am meisten nachgefragten Kompetenzen in den jeweiligen Berufen und deren Veränderung in den vergangenen Jahren“, ergänzt Mag.^a Petra Tamlar, Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation des Arbeitsmarktservice Österreich.

Agil mit zuverlässigen Partnern

Das neue Web-Portal wurde vom BRZ gemeinsam in interaktiven Schritten in Form von 4-Wochen Sprints in enger Kooperation mit dem LFRZ sowie AMS und dem Joanneum Research in einem

„Durch die tolle Zusammenarbeit konnten wir in kurzer Zeit eine kundenorientierte Website realisieren, die rasch über Trends am Arbeitsmarkt informiert.“



Sandra Berrer, MSc, Digital Transformation Consultant

professionellen Scrum-Team umgesetzt. „Da als Content-Management-System Magnolia eingesetzt werden sollte, wurden wir als bewährter und zuverlässiger Magnolia-Umsetzungspartner hinzugezogen“, freut sich Rihard Monovic, Project Manager im LFRZ. Für Datenanalyse und -aufbereitung, die regelmäßig an das AMS JobBarometer via Schnittstelle übertragen werden, zeichnet das Joanneum Research verantwortlich. Besonderer Fokus bei der Implementierung wurde auf ein barrierefreies und user-freundliches Design gesetzt, was in Usability-Tests geprüft wurde. „Durch die enge Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Arbeitsmarktforschung und Berufsinformation des AMS Österreich sowie durch die regelmäßigen Review-Termine, konnte auf Änderungswünsche schnell reagiert werden“, blickt Sandra Berrer, MSc, Digital Transformation Consultant, auf die erfolgreiche Umsetzung zurück. „Somit war es möglich in kürzester Zeit eine kundenorientierte Website zu realisieren, die eine ideale Plattform für die interessierte Öffentlichkeit bietet, die Berufstrends am Arbeitsmarkt zu überblicken.“ ■



Wer sich selbst über Berufstrends und nachgefragte Kompetenzen im eigenen Berufsbereich informieren möchte, ist hier genau richtig.

LEVEL UP: Recruiting 2.0

Auch dieses Jahr war das BRZ zwecks Recruiting auf der Salzburger Gaming-Messe LEVEL UP präsent.



9.000
Besucher:innen
an zwei Tagen

500
Gespräche mit
Standbesucher:innen

500
Info-Flyer verteilt

1.000
Stempel für die LEVEL
UP Challenge verteilt

Größtes Gaming-Festival Österreichs. Der Veranstalter verkündete stolz, dass am 1. und 2. Juli rund 9.000 Jugendliche, Gamer, E-Sportler, Cosplayer und Schaulustige am Wochenende im Salzburger Messezentrum bei der LEVEL UP waren, dem größten Gaming-Festival Österreichs. Damit wurde eindrucksvoll bewiesen, dass Gaming mitten in der Gesellschaft angekommen ist.

Hochkarätige Wettbewerbe
Für die Besucher:innen gab es einiges zu entdecken. So luden etwa unzählige Computer und Konsolen zum Spielen von alten und neuen Titeln ein. Im Mittelpunkt stand natürlich die Mainstage, auf der Profis und Amateure bei hochkarätigen Gaming-Wettbewerben gegeneinander antraten. Auch das BRZ war dort mit einem eigens gestalteten Image-Video immer wieder zu sehen.

Zukunft der Arbeit
Auf der LEVEL UP geht es aber nicht nur um Gaming. Abseits bunter Fantasie-Welten nutzten auch zahlreiche Organisationen und Firmen die Messe, um sich als moderne Arbeitgeber zu präsentieren. So geht neben Polizei und Bundesheer auch das BRZ beim Recruiting und bei der Ansprache von Talenten neue Wege.

BRZ Tetris Area
In der „BRZ Tetris Area“ können Besucher:innen nicht nur die aktuellste Version des Gaming-Klassikers ausprobieren, sondern auch mit BRZ-Mitarbeiter:innen und -Mitarbeitern ins Gespräch kommen. „Wir konnten das BRZ, unsere Mitarbeiter:innen und Job-Angebote auch heuer wieder auf der LEVEL UP in einem spannenden und zukunftsorientierten Umfeld präsentieren“, freut sich Mag.^a Elisabeth Triebert, BRZ-Teamleiterin Talent Acquisition & Development.

Gelegenheit für Recruiting
„Viele Kolleginnen und Kollegen im BRZ sind selbst begeisterte Gamer oder sogar im E-Sports aktiv. Aus Recruiting-Sicht war die LEVEL UP eine gute Gelegenheit, IT-Talente und Technik-affine Menschen anzusprechen und das BRZ von einer ganz neuen Seite zu zeigen. Wir freuen uns, einige interessierte Standbesucher:innen vielleicht schon bald als Kolleginnen oder Kollegen im BRZ zu begrüßen. #be_IT heißt für uns auch, am Puls der Zeit zu sein und Mut zu haben, neue Wege zu gehen“, so Triebert. ■

Neu durchstarten im BRZ

Unser Onboarding-Prozess sorgt dafür, dass der Start im BRZ ein guter Start wird.



Optimaler Einstieg. Das herzliche Willkommen heißen neuer Mitarbeiter:innen verfolgt ein ambitioniertes Ziel, erklärt MMag.^a Myriam Mokhareghi, Abteilungsleiterin im Bereich Human Resources: „Damit wollen wir unseren neuen Kolleginnen und Kollegen Sicherheit geben, dass es die richtige Entscheidung war, zu uns ins BRZ zu kommen. Nur so können sie bei uns auch so richtig ankommen.“ Das Onboarding für einen optimalen Einstieg ins Unternehmen beginnt aber schon weit vor dem ersten Arbeitstag und wird anschließend durch eine Begleitung durch erfahrene Buddies in den ersten Beschäftigungsmonaten garantiert. Bereits bei Vertragszusage erhalten zukünftige Kolleginnen und Kollegen umfangreiche Informationen zum BRZ und zu wichtigen Rahmenbedingungen des Dienstverhältnisses. Ein kurzes Video gibt erste Insights und enthält alles Wissenswerte für die Eintrittsphase.

Persönliches Vernetzen
In den ersten Arbeitstagen steht das persönliche Vernetzen im Vordergrund. Neue Mitarbeitende werden gleich bei Eintreffen von ihrem Team begrüßt. Nach dem ersten Kennenlernen der unmittelbaren Kolleginnen und Kollegen sowie einem Rundgang durch die Büroräumlichkeiten folgt eine kurzweilige Welcome-Info-Session mit dem Human Resources-Team. Neben zahlreichen Informationen und letzten administrativen Erledigungen erhalten die neuen Kolleginnen und Kollegen auch ein gut gefülltes Goodiebag mit vielen nützlichen, BRZ-gebrandeten Gegenständen wie Turnbeutel, Notizblock und einer Wasserflasche.

Those were the days
Einmal monatlich findet der BRZ Welcome Day statt. Nach der Begrüßung durch die Geschäftsführung erfolgen mehrere kompakte Live-Sessions, die zusätzlich durch Lernvideos ergänzt werden. Zum Abschluss haben die neuen Kolleginnen und Kollegen bei einem kleinen Buffet die Möglichkeit, sich untereinander optimal zu vernetzen. Große Bedeutung kommt auch dem

„Durch ein inspirierendes Onboarding können neue Mitarbeiter:innen rasch eine starke Bindung zum Unternehmen entwickeln. Das ist die Grundlage für eine langfristige, positive Zusammenarbeit.“



MMag.^a Myriam Mokhareghi, HR-Abteilungsleiterin im BRZ

fachlichen Onboarding zu. „Das soll sicherstellen, dass unsere neuen Mitarbeiter:innen ihre wichtigsten Stakeholder kennenlernen sowie in Prozesse und Tools eingeschult werden“, so Mokhareghi. „In den ersten drei Monaten steht deshalb eine Kollegin beziehungsweise ein Kollege als sogenannter Buddy zur Seite, die oder der zusätzlich dafür sorgt, dass neue Mitarbeiter:innen auch im jeweiligen Team oder Fachbereich gut ankommen.“

Strukturiertes Ankommen
Damit die Buddies ihre Rolle gut wahrnehmen können, wurde ein eigener Leitfaden mit den wesentlichsten Inhalten erstellt und spezielle Buddy-Trainings werden als Lernvideo und vertiefendes Präsenztraining angeboten. Mittels eines strukturierten Einschulungsplans werden die neuen Mitarbeitenden Schritt für Schritt auf ihre zukünftigen Aufgaben vorbereitet, haben Ansprechpersonen für jedes Anliegen und können in kürzester Zeit ihr wertvolles Wissen und ihre Vorerfahrungen ins BRZ einbringen. „Im Onboarding ist uns besonders wichtig, dass neue Mitarbeiter:innen nicht nur in ihre Rollen integriert werden, sondern auch eine starke Bindung zum Unternehmen entwickeln. Unser Ziel ist es, ein inspirierendes und inklusives Umfeld zu schaffen, in dem sich die neuen Teammitglieder gehört, geschätzt und unterstützt fühlen. Dadurch schaffen wir von Beginn an die Grundlage für eine langfristige, positive Zusammenarbeit“, so Mokhareghi abschließend. ■

360
2022 wurden im
BRZ über 360
vakante Stellen
besetzt

103
davon wurden
103 Stellen mit
Frauen besetzt

Jobs im BRZ
Alle offenen
Stellen auf
einen Blick.
Wir freuen
uns auf Ihre
Bewerbung!



„**Cloud-Lösungen** innerhalb der europäischen Verwaltung bedarfsgerecht bereitzustellen und somit deren **Austausch über Grenzen hinweg** zu ermöglichen, ist eine Chance, die Herausforderungen der **digitalen Transformation** gemeinsam zu bewältigen.“

Karin Wegscheider, MBA, Bereichsleiterin Product Management im BRZ